

## **Weltsozialforum in Dakar:**

### **Globaler open space mit Aktionsorientierung**

Wie schon das Weltsozialforum 2009 im Brasilianischen Belém fand das Forum in Dakar unter dem starken Eindruck der tiefen Krise des neoliberalen Globalisierungsprojekts statt. In einigen Weltregionen läuft die Wirtschaft schon länger wieder gut, in anderen hat sie sich an der Oberfläche erholt. Das kann jedoch nicht über die tiefen sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme hinwegtäuschen. Auf dem Forum trafen sich diejenigen aus den Bewegungen und Zivilgesellschaft, die einen tiefen Bruch mit der neoliberalen Globalisierung wünschen, entweder in Form einer sozialen und ökologischen Regulierungspolitik, wie etwa in einem „Grünen New Deal“, oder durch einen grundsätzlichen Bruch mit dem Kapitalismus. Diese Spannweite politischer Alternativen charakterisierte dieses WSF wie auch die altermondialistische Bewegung seit ihrer Gründung. Gustave Massiah (2011a & 2011b) schrieb dazu vor Dakar ein viel beachtetes Buch und veröffentlichte 12 Thesen zur altermondialistischen Bewegung.

Doch während in Belem die Diskussion um die Zivilisationskrise und grundlegende Alternativen zur Globalisierung des Kapitalismus wie die Idee des „buen vivir“ die Debatten beherrschten, war dies in Dakar anders. Die friedlichen Revolutionen in Ägypten und Tunesien sowie der besondere afrikanische Kontext mit seinen eigenen Themen dominierten auch das WSF. Schon auf dem beeindruckenden Eröffnungsmarsch wurde deutlich, dass dies kein Forum der großen übergreifenden Forderungen und Parolen würde. Dem Organisationskomitee war es gelungen, in großer Breite die sozialen Bewegungen und Basisinitiativen Westafrikas zu mobilisieren. Dazu trugen auch die über Land-reisenden Karawanen bei, die sternförmig aus allen Nachbarländern in den Senegal zogen und damit eine kostengünstige Anreise ermöglichten und gleichzeitig auf das WSF aufmerksam machten. Sie kamen jedoch nicht roten, grünen oder anderweitig gleichartigen Fahnen, sondern mit ihren eigenen Anliegen: Landraub („land grabbing“) durch den immer schärferen Druck auf das knapper werdende landwirtschaftlich nutzbare Land für die Bedürfnisse der globalen Konsumentenklasse. Der Schutz lokalen Saatguts und lokaler Produktion vor Kontrolle der Multis und Agrarsubventionen wurden eingefordert. Überfischung („sea grabbing“) durch die industriellen Fischfangflotten auf Kosten der familiären Fischereibetriebe. Besonders sichtbar waren überall auf dem Forum die starken Frauenbewegungen in Afrika, sowohl in Bezug auf Landrechte, die Fischerei und die Beteiligung von Frauen an Konfliktlösung in Afrika. Schließlich war die Festung Europa Thema mit seinem menschenverachtenden „Grenzschutzregime“. Immer wieder wurden die TeilnehmerInnen aus Europa gefragt, auch von Studierenden aus dem Senegal: Wie kann es sein, dass Ihr ohne Visum hierherkommen könnt und wir nicht einmal die Chance auf ein Visum haben? Immer wieder wurde die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit erhoben, als Teil globaler Bürgerrechte. Schon vor dem Forum verabschiedete ein eigenes Forum zu Migration eine „Charta der Migranten“ (XXX: Link).

Kurzum die neuen und alten Formen des Kolonialismus waren die bestimmenden Themen des Weltsozialforums. Anders als beim WSF in Nairobi 2007 blieb diesmal die Beschimpfung oder überhebliche westliche Kritik an Afrikanischen Basisbewegungen aus. Dazu trug auch bei, dass religiös motivierte Gruppen – ob christlich oder muslimisch – wenig sichtbar waren und damit die religiöse Intoleranz mancher Linker weniger provoziert wurde. Erfreulich aktiv waren die katholischen und evangelischen Hilfswerke, die auch vielen ihrer Partnerorganisationen im Süden die Teilnahme am Weltsozialforum ermöglichten. Der Evangelische Entwicklungsdienst stellte auf dem

Forum eine vielbeachtete Studie zu EU-Westafrikanischen Fischereikooperationen vor, die massiv das Recht auf Nahrung der Fischer und ihrer Familien an den Küsten verletzen. Anders als bei den Foren in Lateinamerika und 2003 in Mumbai waren dagegen linke Parteien und Gewerkschaften vergleichsweise wenig sichtbar. Aus Deutschland war aus den Gewerkschaften nur die GEW dabei. Die großen NGOs waren zahlreich vertreten, dominierten jedoch nicht das Forum. Auch regional entsprach die Beteiligung der Verankerung der altermondialistischen Bewegung auf den verschiedenen Kontinenten. Während EuropäerInnen und LateinamerikanerInnen neben den zahlenmäßig dominierenden AfrikanerInnen sehr sichtbar waren, gab es aus Asien außerhalb von Indien nur wenig Beteiligung. Auch die NGOs aus Nordamerika waren nicht so zahlreich vertreten, wie es ihrer Stärke eigentlich entspricht.

Anders als in Lateinamerika gibt es keine Regierung auf dem afrikanischen Kontinent, die sich auf die altermondialistische Bewegung bezieht. Somit wurden die Revolutionen in Tunesien und Ägypten zum machtpolitischen Bezugspunkt des Forums. Gerade im Maghreb hatte ein Duzend Sozialforen stattgefunden und dazu beigetragen, den Boden für den Wandel vorzubereiten. Allerdings wäre es eine Übertreibung, die beiden Absetzungen undemokratischer Regime als Erfolge der altermondialistischen Bewegungen zu sehen. In jedem Falle wollen etliche Organisationen aus dem Weltsozialforumsprozess am 20. März nach Tunesien reisen. Auch das europäische Attac-Netzwerk bereitet mit Attac Tunesien eine Delegation vor.

Bewährt hat sich wiederum die neue Methodik des WSF: Nach einem Tag von Veranstaltungen zu afrikanischen Themen gab es zwei Tage mit selbstorganisierten Veranstaltungen der teilnehmenden Organisationen. Große zentral organisierte Veranstaltungen gab es außer Eröffnung und Abschluss nicht. Wie bei vorigen WSFs fanden vielfach zu den gleichen Themen verschiedene Veranstaltungen statt, weil sich die OrganisatorInnen schichtweg nicht kannten. Am Schluss des Forums folgten dann eineinhalb Tage, die Aktionsversammlungen vorbehalten waren. Zu jedem relevanten Thema fand hier jeweils eine Versammlung statt – insgesamt 38. Sie waren praktisch durchweg ein großer Erfolg. Oft basierten die beschlossenen gemeinsamen Aktionen auf den Vorbereitungsarbeiten von globalen Netzwerken, die schon vor einigen Jahren auf vorigen WSF gegründet wurden. Diese Netzwerke – oft mit kleinen Sekretariaten, Mailinglisten, regelmäßigen Telefonkonferenzen – sind eines der größten Erfolge der Weltsozialforen und bei der Kommentierung am meisten übersehenen. Das Weltsozialforum ist ein globaler Open Space mit Aktionsorientierung.

Es gab keine systematische Dokumentation der Ergebnisse der 38 Aktionsversammlungen. Daher sind die Ergebnisse einiger Veranstaltungen hier exemplarisch. Sie binden politisch nur die TeilnehmerInnen, nicht jedoch das Weltsozialforum als Ganzes. Bei einer mit 300 TeilnehmerInnen sehr gut besuchten Versammlung zu „land grabbing“ wurde eine ganze Reihe von Aktivitäten vereinbart und dazu eine Erklärung zum Thema verabschiedet (XXX: Link). Dabei wurde klar, dass der Kampf um traditionelle Landnutzungsrechte und damit das Recht auf Nahrung jeweils vor Ort gewonnen werden muss. Zwar sind die Konsumwünsche der global gesehen Reichen und auch multinationale Konzerne bzw. mächtige Staaten ursächlich für das „Land grabbing“ im Süden, der Schlüssel liegt jedoch bei den lokalen Behörden und Nationalstaaten im Süden. Sie müssen die Rechte der Kleinbauern verteidigen, statt der Exportlandwirtschaft in oft korrupter Art und Weise zu dienen. Ganz Ähnliches wurde auch bei einer am Rande des Weltsozialforums durchgeführten großen Konferenz zu „land and sea grabbing“ unserer Grünen Fraktion im Europaparlament mit betroffenen Kleinbauern und Fischern deutlich.

In verschiedenen Versammlungen wurde auch die Mobilisierungsagenda der nächsten Monate deutlich. In Frankreich finden dieses Jahr der G8 und G20-Gipfel statt. Frankreichs Staatspräsident Sarkozy will sich der kritischen französischen Öffentlichkeit als Altermondialist präsentieren, der dann billig und folgenlos an bösen anderen Staaten scheitert. Gleichzeitig bremst er in der EU bei der Regulierung der Finanzmärkte und der Einführung der Finanztransaktionssteuer. Es scheint klar, dass die französischen Bewegungen diese durchsichtige Strategie nicht durchgehen lassen werden. Die Aktionsversammlung zu G8/G20 beschloss eine entsprechende Erklärung (<http://gruenlink.de/54>). In Frankreich hat sich ein Organisationskomitee gebildet, das auch europäisch vernetzt ist. Es sind daher starke Mobilisierungen zum 21./22. Mai nach Deauville und zum 31. Oktober-5. November nach Cannes zu erwarten. Am 26./27. März findet in Paris eine weitere Vorbereitungsversammlung statt. Es scheint, dass es gelingt, die beim Thema Klimaschutz besonders starken politischen Spannungen zwischen NGOs und sozialen Bewegungen auszuhalten.

Darüber hinaus orientieren viele Bewegungen auf die kommende Weltklimakonferenz vom 28.11.-9.12.2011 im südafrikanischen Durban (COP-17) und stärker noch auf den Rio+20-Erdgipfel in Brasilien vom 14.-16. Mai 2011. In Rio ist ein „People's summit“ als Parallelveranstaltung der Zivilgesellschaft geplant. Dass diese beiden für Klimaschutz und Biodiversität entscheidenden Versammlungen in stark wachsenden Schwellländern stattfinden, ist politisch spannend. Die beiden Regierungen sind aus sozialen Bewegungen hervorgegangen. Gleichzeitig haben sie sich gerade im ökologischen Bereich alles andere als mit Ruhm bekleckert. Wie ökologische und soziale Krise in einer gemeinsamen ökonomischen Strategie angegangen werden können, wird zum zentralen Thema werden. Aus diesem Kalender ergibt sich ein Reigen von großen Mobilisierungen für die altermondialistische Bewegung: Deauville, Cannes, Durban, Rio.

Leider litt das Forum sehr unter organisatorischen Problemen. Kurz vor Forumsbeginn hatte der Uni-Direktor gewechselt. Der fühlte sich an vorige Absprachen nicht mehr gebunden. Das Weltsozialforum und der reguläre Uni-Betrieb fanden daher parallel statt. Die Doppelbelegung der Räume war der Normalfall. Es dauerte, bis Zelte aufgestellt waren und oft klappte die Ankündigung der neuen Räume nicht richtig. Viele, lange vorbereitete Veranstaltungen daher fielen aus. Das betraf vor allem die kleineren.

Diese Probleme können jedoch den Wert und Erfolg des Forums nicht zerstören. Beim auf das Forum folgenden Treffen des Internationalen Rates des Weltsozialforums wurde das Forum so auch als Erfolg gewertet. Vor allem die erfolgreichen globalen Netzwerke und ihre Aktivitäten zeigen die Notwendigkeit und Nützlichkeit des WSF. Von einer angeblichen Erschöpfung oder Wiederholung der Foren kann jedenfalls keine Rede sein. Die Weltsozialforen entwickeln sich regional und thematisch weiter. Was es jedoch nach wie vor nicht gibt und wohl auch bis auf weiteres nicht geben wird, ist eine übergreifende Theorie der sozialen Bewegungen und unabhängigen Zivilgesellschaft. Viel an der Rede von der Erschöpfung stammt vielmehr von einer falschen Sehnsucht nach Einheitlichkeit und einem großen vereinigenden Ismus. Dass es diese ideologische Engführung nicht gibt, ist jedoch nicht einfach Schwäche, sondern gleichzeitig demokratische Stärke der altermondialistischen Bewegung.

Kritik gab es im Rat allerdings zurecht an der Tatsache, dass ein Staatspräsident – Evo Morales aus Bolivien – das weltweite Forum der Zivilgesellschaft eröffnete, ohne dass dies im Rat abgesprochen war. Schließlich gab es gerade aus Indien und Brasilien kritische Anfragen an den europäischen Sozialforumsprozesse. Es könne nicht sein, dass er in Europa so schwach verankert ist. Tatsächlich steckt der Prozess des Europäischen Sozialforums seit Jahren in der Krise. Denn anderes als beim

Weltsozialforum ist es nicht gelungen, die großen NGOs, Gewerkschaften mit den radikaleren sozialen Bewegungen zu vernetzen. Vielmehr haben sich fast alle Großorganisationen zurückgezogen und der Prozess ist in der Hand einer kleinen, schlecht legitimierten Vorbereitungsgruppe. Dass diese Schwäche nun aus dem Süden kritisiert wird, ist ein gutes Zeichen.

Gustave Massiah (2011a): Une stratégie altermondialiste, Paris: La Découverte.

Gustave Massiah (2011b): Les douze hypotheses d'une stratégie altermondialiste,  
<http://www.cetri.be/spip.php?article2060&lang=fr>

Märkte für Natur oder Rechte der NATur

Entwicklungsparadigma

Tragödie von Copenhagen & Cancun

Land grabbing assembly

- Ca. 12 Workshops u.ä. zum Thema
- Erzeugt Migration, landflucht
- Verweigerung des Rechts auf Nahrung
- Zerstörung von nahrungssouveränität
- Neue und alte landrechte – Unklarheit, die oft die investoren von außen begünstigt
- Women's rights particularly affected
- State often involved in the grabbing, violent
- State offers some compensation
- Unterstützung der lokalen Gemeinschaften, um ihre Fähigkeit zu befördern, Widerstand zu leisten
- Ablauf
  - Via Campesina launched an appeal against the World Bank framework on land grabbing
  - Oct 2010: Rome summit on food security
    - New civil society statement
  - Conference in Porto Alegre with 60 govt. criticizing also WB
  - Now declaration at WSF
- Forderungen
  - Verlässliche Landrechtsregister
- Erklärung von Dakar gegen Land grabbing
- [www.endapronat.org](http://www.endapronat.org) (reportage accaparement des terres)

## Dakar-Erklärung gegen Landraub

Wir – Bauernorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, religiöse Organisationen, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen, versammelt in Dakar zum Weltsozialforum 2011:

In Erwägung, dass kleine und bäuerliche Landwirtschaft, die den größten Teil der Landwirte weltweit repräsentiert, am besten geeignet ist, um:

- ihre eigenen Ernährungsbedürfnisse zu decken und die Bedürfnisse der Bevölkerung, indem Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität von Ländern gesichert wird
- Beschäftigung für die ländliche Bevölkerung bereitzustellen und ökonomische Aktivität in den ländlichen Räumen aufrecht zu erhalten, was für eine gleichmäßige regionale Entwicklung entscheidend ist
- die Umwelt zu schützen und natürliche Ressourcen für zukünftige Generationen zu erhalten.

In Erwägung, dass der jüngste massive Landraub, der mehrere zehn Millionen von Acres im Interesse von privaten Akteuren oder Drittstaaten - sei es für Nahrung, Energie, Bergbau, Umwelt, Spekulation oder Geopolitik, Menschenrechte verletzt, indem es Kleinbauern, Wanderhirten oder Fischer ihrer Produktionsmittel beraubt, durch Begrenzung ihres Zugangs zu natürlichen Ressourcen oder durch Wegnahme ihrer Freiheit zu produzieren wie sie es selbst wollen. Das verstärkt die Ungleichheiten im Zugang und Kontrolle zu Land, was besonders Frauen betrifft.

In Erwägung, dass Investoren und mit ihnen verbundene Regierungen Nahrungssicherheit und –souveränität ländlicher Bevölkerungen bedrohen, so dass sie verurteilt sind massive Arbeitslosigkeit und Landflucht zu erleiden, dass sie Konflikte verstärken und dass sie zum Verlust von bäuerlichem Wissen, Fähigkeiten und kultureller Identitäten beitragen.

In Erwägung, dass Land und Respekt kollektiver Rechte sind zuerst eine rechtliche Verantwortung nationaler Parlamente und Regierungen. Sie tragen die Hauptverantwortung für den Landraub.

Wir rufen die Parlamente und nationalen Regierungen auf, alle laufenden und zukünftigen Fälle massiven Landraubs zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass das geraubte Land zurückgegeben wird. Wir fordern, dass vor allen großen Landvergaben, nationale Regierungen einen effektiven rechtlichen Rahmen für die Anerkennung und Regulierung von Landnutzungsrechten implementieren, unter Anhörung aller Betroffenen. Dazu bedarf es Korruption und Klientelwirtschaft zu beenden, die alle Versuche von gemeinsamem Landmanagement zunichtemachen.

Wir fordern, dass regionalen Staatenvereinigungen, die FAO und andere nationale und internationale Institutionen sofort die Zusagen implementieren, die in der Internationalen Konferenz zu Landreform und Ländlicher Entwicklung (ICARRD – alle Prozesse und internationalen Instrumente bezüglich Landraub sind in einem Appendix aufgelistet) von 2006 gemacht wurden. Darunter die Landrechte der NutzerInnen zu garantieren, das Revival von Landreformprozessen basierend auf einem fairen Zugang zu natürlichen Ressourcen und ländlicher Entwicklung zum Wohle Aller. Wir verlangen, dass der Erstellungsprozess der FAO-Richtlinien gestärkt wird und dass er auf den Menschenrechten basiert, wie sie in den verschiedenen Chartas und Pakten niedergelegt sind- diese Rechte sind nur effektiv, wenn verbindliche rechtliche Instrumente auf nationaler und internationaler Ebene verankert sind, die Staaten zur Befolgung ihrer Verpflichtungen verpflichten. Ebenso, müssen wir betonen, dass Menschenrechte dem internationalen Handel und Investitionen übergeordnet sind, die je Quellen von Spekulation mit natürlichen Ressourcen und landwirtschaftlicher Produkte sind.

Gleichzeitig, drängen wir das Komitee für Welternährungssicherheit (CFS) definitiv die Prinzipien der Weltbank für verantwortliche landwirtschaftliche Investitionen zurückzuweisen, die illegitim und unzureichend sind, um das Phänomen des Landraubs anzugehen, und die Verpflichtungen von ICARRD wie auch die Schlussfolgerungen des „International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD)“ in seinen globalen Aktionsrahmen aufzunehmen.

Wir fordern, dass Staaten, regionale Organisationen und internationale Institutionen die notwendigen Investitionen tätigen, um Alternativen zu massivem Landkauf und Agrobusiness zu unterstützen, wie sie von familiärer Landwirtschaft und landwirtschaftlich-ökologischen Feldfrüchte darstellen. Angemessene landwirtschaftspolitiken sollten alle ProduzentInnengruppen (Indigene Völker, Hirten, traditionelle Fischer, Kleinbauern, Nutzer von Agrarreformen), dabei muss der Fokus auf Frauen und Jugendliche liegen.

Schließlich, landen wir Bevölkerung und zivilgesellschaftliche Organisationen überall ein, all diejenigen zu unterstützen, die gegen Landraub kämpfen – und zwar mit allen möglichen menschlichen, medialen, rechtlichen, finanziellen anderen Mitteln von unten – und Druck auf die nationalen Regierungen und internationalen Institutionen auszuüben, um ihren Verpflichtungen für die Rechte der Menschen nachzukommen.

Wir haben alle die Verpflichtung Widerstand zu leisten und die Bevölkerungen zu unterstützen, die für ihre Würde kämpfen!

## **10. Februar: Der Tag der Versammlungen**

Nach zwei Tagen von selbstorganisierten Veranstaltungen kommt nun die Phase der Versammlungen. Während Organisationen verschiedener Länder und Kontinente oft zu ähnlichen Themen getrennte Veranstaltungen organisiert haben, gibt es nun zu jedem Thema nur ein Event. Die Bewegungen eines Themenbereichs treffen sich in einer globalen Versammlung, um gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren. Insgesamt 38 dieser Versammlungen finden statt, die dann am 11. Februar sich gegenseitig ihre Ergebnisse vorstellen.

Ich habe am Vormittag an der Versammlung zu „Natürlichen Ressourcen“ teilgenommen und am Nachmittag am Event zu den kommenden Mobilisierungen zu G8, G20, COP 17 und Rio+20. Beide Events waren sehr gut organisiert mit RednerInnen verschiedener Kontinente.

Bei der Aktionsversammlung zu „Natürlichen Ressourcen“ berichteten AktivistInnen aus Indonesien, Peru, Senegal, Frankreich und einigen weiteren Ländern von ihrem Widerstand gegen Rohstoffabbau und Ausbeutung natürlicher Ressourcen wie Holz und Fisch ohne Rücksicht auf Natur und Menschenrechte. Schließlich wurde verabredet, sich global besser zu vernetzen und verschiedene Projekte voranzubringen, darunter eine Charta für Gemeinschaftsgüter zum Rio+20-Gipfel sowie der Versuch, transnationale Konzerne für Rechtsverletzungen in ihren Heimatländern juristisch zur Verantwortung zu ziehen.

Bei der Aktionsversammlung zu G8, G20, COP 17 und Rio+20 wurde der Mobilisierungsrahmen für soziale Bewegungen auf globaler Ebene in den nächsten 15 Monaten aufgespannt. Während G8 und G20 in 2011 in Frankreich stattfinden wird, findet die nächste Welt-Klimakonferenz vom 28.11.-9.12.2011 in Durban/Südafrika statt. Darauf folgt dann vom 14.-16. Mai 2011 die 20 Jahre-Folgekonferenz zum Erdgipfel von Rio. Bei all diesen Veranstaltungen werden massive Proteste erwartet. RednerInnen aus allen Kontinenten kündigten ihre Beteiligung an den Mobilisierungen an.

Am letzten Tag des Weltsozialforums folgen weitere Versammlungen und dann am Nachmittag die Versammlung der Versammlungen.

## **Aktionsversammlung „Natürliche Ressourcen“ (45 TN)**

### **Belgien, Frankreich,**

- Begriff: natürliche Ressourcen oder Gemeinschaftsgüter?
- Mapping
  - Europe
    - Extractivisme chez nous
    - Extractivisme allierus – solidarité
      - Yasuni project
    - Non conventional gas/oil



- France: gas & oil shiste
    - Landkauf zur Blockade
  - Wenn man Widerstand gegen Nutzung leisten will, muss man Konsummodell ändern
- North America
  - Canada: China bought rights to extract non-conventional gas
- Süd-Amerika
  - Zentrales Thema
    - Neue Phase “Neo-Extractivisme”
      - Intensivierung
      - Re-Primärisierung der LA-Ökonomie
      - Neue Akteure
    - Neuer Nationalismus: Bolivien, Ecuador
      - Kontrolle der Ressourcen
      - Spannung: Nationale Politik vs. Transnationale Konzerne
      - Alternative Politiken: Indigene
      - Auch in diesen Ländern Kontroversen um Ressourcennutzung
    - Mittelposition:
      - Kontrolle der Rente und Bedingungen der Nutzung
      - Communitarian control of the resources
  - Bsp. Peru
    - Priorität für lokale Bevölkerung
      - Konflikt um Wasser
      - Konflikt um Nahrungsmittelproduktion
      - 1400 Aktive kriminalisiert
    - Adefeb: Ressourcenorganisation der Anden-Region
- Afrika
  - Senegal
    - Fisch, Holz, Minen
    - 80000 ha Erlaubnis Menschen herauszutreiben – Widerstand
      - Forest
    - Im Norden ein Kampf um Biokraftstoffe
      - Land gegeben an lokale Autoritäten
      - Trotz Wahlerfolg keine Übergabe der Macht – erst über Verfassungsgerichtshof
    - Alternativen: große Baumpflanzungen
- Indonesien
  - Kohlebergbau: Enddatum
  - Unterstützung durch Weltbank
  - Kriminalisierung gegen Aktive der Anti-Minen-Bewegung
- Gemeinsame Vorschläge
  - Kämpfe sind sehr dezentral
  - Netzwerke sind bereits da
  - Haftung der TNCs in den Heimatländern

- Geteilte Kritik an konventioneller Entwicklung & Zivilisation
- Lokale Gemeinschaften müssen Kontrolle über die Rente bekommen
- Charte de 4s biens communs
- Orientierung Richtung Rio+20 (2012)
  - Int. Tribunal zu den ökologischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit
  - Neuer Typus von Rechten
    - Rechte der Erde/der Natur

## 9. Februar: Weltsozialforum macht Open Space

Das Weltsozialforum zeigt sich erfinderisch. Da alle Räume der Uni Dakar weiterhin für den Unterricht der Studierenden gebraucht werden, haben die OrganisatorInnen Zelte aufgestellt. Da die Zeltnummern im Programm aber nur vage mit den dort aufzufindenden VeranstalterInnen zusammenzubringen sind, hat sich die Methode des Forums faktisch geändert: Die meisten TeilnehmerInnen laufen einmal durch alle Zelte und suchen sich eine passende Veranstaltung. Eine Art internationale Open Space-Methode.

Nach wie vor drehen sich die meisten Veranstaltungen um Migration, Nahrungssicherheit und Bildung. Bei einer Veranstaltung zur „Globalen Demokratie“ kam es zu einem intensiven Austausch zwischen den VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen. Die meisten afrikanischen TeilnehmerInnen waren der Meinung, dass man über die Demokratisierung der globalen Institutionen und Entscheidungen gar nicht zu reden brauche, wenn nicht alle ErdenbürgerInnen gleiche BürgerInnenrechte hätte. Sie forderten internationale Bewegungsfreiheit, wie sie ja Afrikanische Staaten westlichen StaatsbürgerInnen auch gewähren würden. Gleichzeitig beklagten alle TeilnehmerInnen das krasse Machtungleichgewicht zwischen armen und reicheren Staaten in UN-Sicherheitsrat, IWF, Weltbank, usw., sowie die Machtlosigkeit von BürgerInnen in diesen Institutionen, die ja zur Lösung globaler Probleme dringend gebraucht würden.

|                                  | <b>Land grabbing</b>  | <b>Sea grabbing</b>   |
|----------------------------------|---|---|
| <b>Gemeinsame Ursache</b>        | Natürliche Ressourcen sind global knapp und sind nur begrenzt vermehrbar. Verteilt werden sie zunehmen global, nach Fähigkeit zu zahlen, nicht nach Befriedigung von lokalen Grundbedürfnissen. |   |
| <b>Knappe Ressource</b>          | Land und seine Produkte   | See und seine Produkte (Fisch)  |
| <b>Grabbing</b>                  | Kauf/langfristige Pacht der Produktionsgrundlage – eigentumsähnlich; aber auch hier gibt es keine Rechtssicherheit  | Zeitlich befristete Zugriffe;   |
| <b>Englischer Begriff absurd</b> | Land kann man zwar einnehmen, aber nie dauerhaft völlig rechtssicher aneignen   | See kann man nicht „ansichreißen“, nur kontrollieren                    |
| <b>Verlierer</b>                 | Vertreibung bisheriger Landnutzer   | Zerstörung der Lebensgrundlage der Fischer                              |
| <b>Rolle privater Investoren</b> | Kauf, Investitionen (Spekulations- und Anlageobjekt)  | Betreiber der Fischereiflotten, wenig Investitionen in Zielländern      |
| <b>Rolle des Staates</b>         | Staat gibt Rechtssicherheit, EU verhandelt Investitionssicherungsverträge   | Staat vergibt Fangrechte, EU vergibt Investitionen, verhandelt Verträge |
|                                  | Intransparenz der Verträge (Bauern, Cicodev)  | Intransparenz der Verträge<br>Joint ventures                            |
|                                  |   |   |
|                                  |   |   |

**Fazit:** Neokoloniale Public-Private-Partnerships

Tun:

- Globale Regeln: investment rules
- EU-Politik verändern
- Politik in Westafrika

Danken:

- Amadou und seinem Team
- Gaby, Zigerida, Ulrika, Jean-Pieree
- Übersetzer, Köche
- Gruppen danken

Grabbing/Ansichreißen

Aneigung von Ressourcen unter erwartetem Weltmarktpreis

Neue Formen von Kolonialismus

Was brauchen wir

- Internationale Vereinbarungen

Was bieten wir an

650000 people depending on fisheries in Senegal, 10 million in Western Africa

Fisch

- EU
  - Consumption rising
  - 88% of commercial fish overfished – catch in European waters went down by 25%
  - 70% imported
  - Europe: 22 kg/capita per year
  - EU- fishery policy
    - 15-20 fishery agreements: EU subsidises vessel and pays the licences
    - Joint ventures in the south: 130 JVs in Senegal
      - Difficult to get info in Senegal
      - Senegal viele Unternehmen im Sektor verloren
    - Traditional imports
- Japan
  - Sehr ähnliche Situation
  - 70 kg/a
- Africa
  - 7 kg/a – consumption expected to shrink
  - Most of the fish exported
    - Potential to increase consumption and
- Senegal
  - Die tiefen Atlantikfischarten hängen direct mit Lebensmittelsicherheit Afrikas zusammen
  - Keine lokale Wertschöpfung, wenig Arbeitsplätze vor Ort,...
  - Überfischung

## **8. Februar: Bericht vom Tax Justice Council**

Schon zum Auftakt des Weltsozialforums am 6.2. traf sich der Globale Tax Justice Council (<http://taxjustice.blogspot.com/2011/01/2011-tax-justice-council-meeting-in.html>). Es war wirklich beeindruckend zu sehen, dass die Ausweitung des Netzwerks von Europa in die USA und nach Afrika sehr gut geklappt hat. Der Raum war fast zur Hälfte Schwarz. Insgesamt waren über 100 TeilnehmerInnen, darunter 50 Mitgliedsorganisationen aus dem Süden sowie große Hilfswerke wie Oxfam, Misereor, Christian Aid, Action Aid, usw. beim Ratstreffen.

Auf der Basis einer internen Evaluation mit einer Consultin gelang es, auf dem Rat die Identität und Strukturen des Netzwerks neu zu ordnen und zu klären.

Als Schwerpunkte für die nächsten Jahre wurde beschlossen:

- Ausweitung des Netzwerks nach Lateinamerika. Schon lange gibt es dort einige aktive Mitglieder des Netzwerks. Doch jetzt wird ein regionales Sekretariat und eine Koordinierungsgruppe eingerichtet, darunter das Netzwerk Latindad.
- Jüngst erschien ein von TJN in Auftrag gegebenes Buch „Treasure Islands – Tax havens and the men who stole the world“ von Nicholas Shaxson. Es wird nun in 10 Sprachen erscheinen, auch auf Deutsch: <http://taxjustice.blogspot.com/2011/01/treasure-islands-and-men-who-stole.html>
- Politisch bleiben die Schwerpunkte „Transparenz“ mit den Forderungen nach automatischem steuerlichen Informationsaustausch, beneficial ownership, länderbezogene Berichterstattung von Konzernen (country-by-country reporting)
- Ferner die Überarbeitung des Financial secrecy index

Als Vorsitzender wurde Bruno Gurtner aus der Schweiz bestätigt.

Schließlich wurde auf dem WSF der neue Bericht „Tax Justice for Africa“ veröffentlicht. Er kann bald auf der Webseite (<http://www.taxjustice.net>) heruntergeladen werden.

Ich bin echt stolz darauf, dass wir dieses Netzwerk vor 9 Jahren gemeinsam gegründet haben!

## **8. Februar: „Land and sea grabbing“ event**

Responsibilize government, mobilize people

Drei sich überlagernde Rechtssysteme.

Solidarity between villages

Neue Formen des Kolonialismus

Unterschiedlicher Zugang zu Recht auf dem Land oder in der Stadt

Armutbekämpfung, Lissabon-Vertrag

Kleine Bauern, sie haben keine Lobby

Rechtssicherheit über landbesitz

Take that tot he EP

Cicodef

Alkternative zur Börsenspekulation

WB Druck den Zugang zum Land zu erleichtern für Investoren

Nahrungsmittelsicherheit von Indien

Cible: Georgien, Russland

Senegal, bekannt: 657.000 ha: 16,45% des kultivierbaren landes bereits an private Investoren vergeben, davon 10 nationale, 7 ausländisch. Welche Folgen hat das für die bäuerliche Landwirtschaft angesichts weiterer Bedrohungen:

96% der Bauern wurden nicht konsultiert über die Landübernahme.

Das land wird faktisch gestohlen

Manche Dörfer haben sich gewhrt.

Verbrecherisch

Niebe: Kuhbohnen

Die Bauern nutzen dann neue flächen

Cicodev: Moratoium an Regierung des Senegal

Ndiamé DIA YADIANA (Wolof): Fragt nach Hilfe vohin sie gehen sollen. Sie wollen das Land zurück. Alles ist passiert, ohne Unterschriften der Bauern. Findet die Hirse nicht, um die Kinder aufzuziehen.

Deliberations only to concillors, empty contracts

Bauen schulen, um sie beruhigen, wollen aber das Land zurück

Fordern immer wieder das Land zurück, nicht Hilfe

„You cannot develop people when you grab their land“!

Armutbekämpfung, Lissabon-Vertrag

Cicodef

Alternative zur Börsenspekulation

WB Druck den Zugang zum Land zu erleichtern für Investoren

Nahrungsmittelsicherheit von Indien

Cible: Georgien, Russland

Senegal, bekannt: 657.000 ha: 16,45% des kultivierbaren Landes bereits an private Investoren vergeben, davon 10 nationale, 7 ausländisch.

## **7. Februar: Afrika-Tag**

Der erste Programmtag war ganz dem afrikanischen Themen gewidmet. Über 200 Veranstaltungen wurden von afrikanischen NGOs, Gewerkschaften und ihren PartnerInnen aus anderen Ländern organisiert. Allerdings gab es riesige organisatorische Schwierigkeiten. Denn in Universität, als Hauptveranstaltungsort, fand gleichzeitig Unterricht statt. Fast alle Räume waren doppelt belegt. Angesichts von Tausenden von TeilnehmerInnen, die ihre Räume suchten, blieben Alle erstaunlich ruhig – die Studierenden eingeschlossen, die nun plötzlich auf einem völlig überfüllten Uni-Gelände fanden. Der Rektor der Uni hatte vor einigen Monaten gewechselt und damit war die Absprache mit dem Weltsozialforum nicht mehr gültig. Wie dem auch sei. Die Veranstaltungen verlagerten sich einfach nach draußen unter Bäume oder in zufällig freie andere Räume. Wer es geschafft hatte, die richtigen Veranstaltungen zu finden, wurde belohnt:

Flüchtlinge berichteten ihre Migrationsgeschichten mit ihren Leidenswegen. Überall wird massive und berechtigte Kritik an der EU-flüchtlingspolitik geäußert. Die Operationen der EU-Grenzschutz“agentur“ Frontex treiben die Menschen auf immer neue Fluchtwege. Die Schiffüberfahrten von Westafrika über den Atlantik auf die Kanarischen Inseln sind seltener geworden. Woraufhin die Flüchtlinge nun Routen über das Mittelmeer wählen, was den gefährlichen Weg durch Nordafrika bedeutet.

Viele Veranstaltungen drehten sich um die neuen Formen des Kolonialismus. Saatgut kommt immer mehr unter Kontrolle von Agrarmultis, ebenso die Vermarktung bäuerlicher Produktion. Die steigenden Nahrungsmittelpreise kommen so oft nicht bei den armen Bauern an. Gleichzeitig kaufen gerade chinesische, indische und arabische Konzerne in Afrika Land oder pachten es langfristig, um dort Lebensmittel und Biomasse herzustellen, für die im eigenen Land der Platz fehlt. Das drängt jedoch die bäuerliche Produktion für den afrikanischen Eigenbedarf genauso zurück, wie Naturräume. Verschiedene Veranstaltungen beschäftigten sich mit Maßnahmen gegen die doppelte

Ausbeutung von bettelnden Kindern in Dakar. Sie müssen nicht nur betteln, sondern die mageren Ergebnisse an organisierte Kriminelle abgeben, die die Kinder kontrollieren.

Nachmittags waren MdEP-Kollegin Ska Keller und ich dann bei der Deutschen Botschaft in Dakar. Dort erwarteten uns der Botschafter samt seinen Zuständigen für Wirtschaft und Entwicklung. Es war ein interessanter Parforce-Ritt über Politik und Ökonomie des Senegal sowie seiner Beziehungen zu Deutschland und der EU. Deutschland ist vor allem im Bereich der Entwicklungshilfe aktiv und investiert hier 25 Millionen € jährlich, v.a. im Bereich der ländlichen Entwicklung. So wurden schon 100 Dörfer mit erneuerbaren Energien elektrifiziert, wobei jeweils vor Ort eine eigene Betreibergesellschaft für die Anlagen gebildet wird. Die Nachfrage ist groß. Das Projekt soll dazu beitragen, die ländlichen Räume zu stärken und attraktiver zu machen. Diese Arbeit machte auf uns einen sehr vernünftigen Eindruck.

Unerfreulich war allerdings zu hören, dass China mit Hilfe der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank ein neues Kohlekraftwerk baut, also auch mit europäischen Steuergeldern. Damit hintertreibt die EU ihre eigene Klimapolitik. Das werden wir sicher noch zum Thema machen.

Abends fand dann im Centre Culturel Blaise Senghor der Auftakt des globalen Attac-Treffens statt. Über 300 Attacies aus der ganzen Welt waren gekommen und stellten ihre Arbeit vor. Sie kamen von den Attacs aus Argentinien, Benin, Bukina Faso, Deutschland, Finnland, Frankreich, Japan, Marokko, Norwegen, Senegal, Spanien und Togo. Am Beeindruckendsten war der Beitrag von Attac Tunesien, die 11 Jahre teilweise im Untergrund gearbeitet haben und jetzt an der Revolution beteiligt waren. Einige der Aktiven waren im Gefängnis. Sie betonten, dass die neue Regierung nun wirklich demokratisch sein muss und die Diktatoren-Partei von Ben Ali nun endgültig aufgelöst werden muss! Zur Demokratie gehört für sie auch, sich nicht der neoliberalen Variante der Globalisierung zu unterwerfen. Stark!

Taz: Christian Jakob

Auch der Druck junger Arbeitsloser, demographie der jungen Arbeitslosen

Vor Westafrikas Küste fängt die spanische Guardia Civil Flüchtlingsboote ab. Die Zurückgewiesenen landen oft postwendend in von der EU finanzierten Internierungslagern in Mauretanien.

Il est certes utiles de lutter contre l'injustice, il faudrait également penser à la prise du pouvoir. C'est cela qui doit nous intéresser afin de pouvoir passer de la lutte sociale à la lutte électorale et pouvoir changer les choses", a-t-il indiqué.

Migration & die Diaspora



## **Beeindruckende Demonstration zum Auftakt des Weltsozialforums**

Der Auftakt zum Weltsozialforum (WSF) war beeindruckend. Auf einer großen Demo durch die Innenstadt ging es nicht um große Theorien, sondern um die Forderung der Basisinitiativen und NGOs in Westafrika. Aufgereiht nach den verschiedenen TeilnehmerInnengruppen waren die Themen auf viele Banner geschrieben, erstaunlich wenig wurde gerufen oder gesungen. Die Demo war eher ernst. Viele der DemonstrantInnen waren nicht InteressensvertreterInnen, sondern die Betroffenen selbst. Insgesamt war die Demo: Schwarz, jung und weiblich. Unter den Schwarzen waren die Frauen sicher in der Mehrzahl. Zwei Stunden dauerte es bis alle am teilnehmenden Beobachter vorbeigezogen waren.

Abstrakte übergreifende Forderungen fanden sich wenig. Weder ging es um die globale Krise, noch um die Finanzmärkte. Der Kapitalismus war genauso wenig Thema wie die Revolutionen in Nordafrika. Ein von manchen erwartetes oder erhofftes Signal der Solidarität blieb vom Marsch. Auch die bei den WSF in Lateinamerika üblichen roten Fahnenmeere fehlten. Es ging vielmehr um Forderung nach Frauenrechten, z.B. Schutz gegen Gewalt, Einbindung bei Konflikten, Maßnahmen gegen Feuerwaffen. Forderungen von Kindern, nicht mehr zum Betteln gezwungen zu werden oder „für das Recht auf eine leichte und nicht zu lange Arbeit“. Viele Initiativen verlangten, den Schutz ihrer Lebensgrundlagen vor Zerstörung und Ausbeutung durch Überfischung und Rohstoffabbau wie durch Vergiftung. KleinbäuerInnen forderten bessere Bedingungen, fairen Handel, Schutz der biologischen Vielfalt beim Saatgut. Viele Flüchtlingsinitiativen waren sichtbar. Die Beeindruckendste forderte eine bessere Behandlung mauretanischer Flüchtlinge im Senegal. Die TeilnehmerInnen hatten offensichtlich kein Geld für Banner und schrieben ihre Forderungen auf minderwertiges Papier.

Gewerkschaften waren im Vergleich zu ihrer Größe wenig präsent, und wenn dann eher aus dem Westen. Aus den deutschen Gewerkschaften war die GEW mit einem Banner dabei. Dagegen gab es viele Kleingewerbetreibende, die ihre Forderung vorbrachten. Ganz anders als beim Weltsozialforum in Kenia waren auch religiöse Organisationen kaum zu sehen. Wenige katholische Gruppen, keine islamischen. Der Senegal gilt als ein Land eines aktiven, aber liberalen Islam.

Die Polizei hielt sich erfreulich zurück und am Schluss fühlte man sich wie zuhause: Zwei Mercedes-Wasserwerfer mit Räumschieber bildeten den Abschluss der Demo. Wer die wohl aus welchem Geld bezahlt hat?

Erfahrung bei der Reise: Business class full of coloured people

Ecological space: Land and sea grabbing

Migration

Tax justice network

- Putting tax transparency on the g20 agenda
- TNCs for FDI: they neither pay in the DCs nor at home in the US and Europe – tax havens in between